



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Verwaltungsrath des deutschen Bundesstaates.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dem Ganzen loszulösen, kann Oestreich keine Nachbarn im Westen dulden, welche stark genug sind, magnetisch anzuziehen. Und die Verbündeten von Oestreich sind die kleinen Königshöfe Deutschlands, mit ihren Hausinteressen und dem beschränkten Egoismus, welchen die Herrschaft über ein kleines abgeschlossenes Ganze zu geben pflegt, und bereits haben sich die Antipathien der Könige von Hannover, Sachsen, Baiern u. s. w. sehr förderlich für Oestreichs Wünsche gezeigt. Der Fehler aber, welchen das Cabinet Schwarzenberg in seiner Berechnung der deutschen Schwäche macht, ist der, daß es den verständigen Vortheil der deutschen Völker und ihre ideale Sehnsucht nach Vereinigung in volksthümlichen Formen zu gering anschlägt.

Auf diesen Rechnungsfehler der kaiserlichen Regierung baut Preußen seinen Plan. Mit ihm sind jetzt die Wünsche und Hoffnungen der deutschen Patrioten, auch die unsern.

Der Verwaltungsrath des deutschen Bundesstaates.

Es hilft nicht zu klagen, daß die Fäden, aus denen ein deutscher Bundesstaat gewebt werden soll, jetzt allein durch die Hände der deutschen Regierungen laufen; es ist die Strafe der Völker dafür, daß sie im vorigen Jahre die ganze Angelegenheit ohne die Regierungen abmachen wollten. Anstatt der Nationalversammlung in der Paulskirche sitzt jetzt ein Verwaltungsrath im königlichen Hause zu Berlin, an die Stelle feierlicher Reden sind protokollarische Erklärungen getreten, die Weiterschweifigkeit der Verhandlungen ist dadurch nicht geringer geworden und an dramatischem Interesse haben sie unendlich verloren, aber für unsere Zukunft sind sie nicht weniger wichtig als die Debatten der Paulskirche und der Druck ihrer Protokolle hat, abgesehen von dem wichtigen Inhalt, auch noch den Vortheil, daß er den Leser mit den Hüllen bekannt macht, in welche sich ehrlicher Wille und schwache Winkelzüge einkleiden, wenn sie fähig und diplomatisch auftreten.

Wir versuchen unseren Lesern einen schnellen Ueberblick über die bedeutenden Verhandlungen des Verwaltungsraths seit dem Anfang dieses Monats zu geben.

Als der Verwaltungsrath in Folge des Dreikönigsbündnisses vom 26. Mai, aus Bevollmächtigten der einzelnen Staaten gebildet wurde, um die vorbereiteten Maßregeln für Constituirung des Bundesstaates zu treffen, da traute man dieser Beamtencommission sehr wenig zu. Es lag in seiner Zusammensetzung, der Form seiner Thätigkeit, ja auch in der Ernennung Bodelschwings zum Präsidenten für einen großen Theil der Deutschen nichts, was Zutrauen eingefloßt hätte. Seit der Zeit aber hat sich die öffentliche Meinung diesem Institut allmählig befreundet. Daß der Rath seine Protokolle bekannt machte, daß bei der Mehrzahl

der Commission ernster Wille, ja ein warmer Eifer für die Organisation des Einheitsstaates sichtbar wurde, hat ihm auch in den Augen des Publikums Bedeutung und Ansehen verschafft. Schon freut man sich herzlich darüber, daß die kleinen Staaten mit gutem Beispiel voran gehn, daß Bodenschwing hin und wieder biedere Derbheit nicht verläugnet, und wieder ärgert und schämt man sich über die schwächlichen und kleinen Querküge des Sachsen von Zeschau und des Hannoverers von Wangenheim.

In der Sitzung vom 5. October stand Präsident Bollprecht, der Nassauer, auf und forderte einen Termin zur Vornahme der Wahlen für den nächsten Reichstag, dieser Termin solle der 15. Januar 1850 sein. — Alle Bevollmächtigten stimmen freudig bei, nur der von Mecklenburg-Strelitz, Herr von Dergen, widerspricht leise, entschieden dagegen die von Hannover und Sachsen; im Namen beider erklärt Sachsen die Einberufung eines Reichstags für unzeitig, noch sind nicht alle deutsche Staaten dem Bündnisse beigetreten, namentlich haben wir über die Stellung Baierns noch keine definitive Erklärung, ein Bundesstaat ohne die süddeutschen Königreiche wäre eine ganz andere Verbindung als die, welche der Dreikönigsentwurf meint, und endlich wird Oestreich die Sache nicht leiden. Hannover bestätigt diese Einwürfe noch dreister und erklärt gradezu, daß das Bündniß vom 26. Mai von selbst ungiltig würde, wenn nicht alle Staaten, auch Baiern und Württemberg beitreten. Preußen und Nassau widerlegen diese Einwürfe Punkt für Punkt: Bei Abschluß des Dreikönigsbündnisses war die Voraussetzung ganz und gar nicht, daß alle deutsche Staaten ihre Theilnahme zugesagt haben müßten, bevor das Bündniß durch einen Reichstag und Constituirung der Bundesgewalt ins Leben treten könnte. Namentlich Sachsen und Hannover seien als Theilnehmer am ursprünglichen Vereine, der zunächst nur die drei Königreiche umfaßte, zu diesem Einwurf höchst unberechtigt, und Preußen werde nicht dulden, daß die Realisirung des Bundesstaates von der Genehmigung Oestreichs abhängig gemacht werde.

Diese Sitzung schließt, indem alle Theile auf ihrer Ansicht beharren.

In der nächsten Sitzung, am 9., trägt Baden (Freih. v. Meisenburg) auf sofortige Bildung einer Commission an, welche die Verbindung des engeren Bundesstaates mit den übrigen deutschen Bundesgenossen fortzusetzen und deren Anschluß herbeizuführen habe. Sein Antrag wird einstimmig angenommen, die Zahl der Mitglieder dieser Commission auf drei festgesetzt. — Darauf geht die Debatte über den Antrag von Nassau fort, die Opposition von Hannover wird trotziger und spricht in längerer Deduction die Erklärung aus, daß die Bestimmungen der alten Bundesacte noch zu Recht bestehen; die Einberufung eines Reichstages auf Grund des Dreikönigsentwurfs, der ja auch nur eine Proposition sei, sei deshalb ungesetzlich und gegen die Bestimmungen der Wiener Schlußacte. Sachsen wagt doch nicht, dieser Art der Beweisführung gradezu beizustimmen, erklärt aber seine Absicht, auch fernerhin zu widersprechen.

Diese Sitzung schließt wieder, indem alle Theile bei ihrer Ansicht beharren.

In der Sitzung am 17. Octbr. legt Preußen seine Verhandlungen mit Baiern vor, aus denen ersichtlich ist, daß Baiern gegen den Vorstand Preußens im Bundesstaat zu Gunsten eines Fürstencollegiums, gegen die Ausschließung Oestreichs, gegen den Wegfall der Binnengrenzzölle, gegen das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht, gegen Aufhebung der Familienfideicommissse und gegen mehrere andere liberale Bestimmungen des Dreikönigsentwurfs Einwendungen gemacht hat. Darauf sagt Preußen zu Sachsen: Ihr seht, an uns hat es nicht gelegen, daß Baiern sich isolirt, worauf Sachsen dankbar ist und die Achseln zuckt. — Gegen die Deductionen Hannovers aber in der vorigen Sitzung gibt der Vorsitzende eine lange, aber kräftige preussische Antwort, worin er auseinandersetzt, daß der deutsche Bund factisch und rechtlich nicht mehr bestehe; daß aber Preußen sich auf diese scharfe Auffassung der Rechtsverhältnisse nicht einmal stützen, sondern den Zustand Deutschlands von der möglichst conservativen Seite auffassen wolle; es will an dem Bande, welches die deutschen Staaten umschloß, so weit festhalten, als dies jetzt noch möglich ist. Dies ist aber nicht in anderem Sinne möglich, als in dem durch das Dreikönigsbündniß klar ausgesprochenen. Und wenn ferner Hannover und Sachsen sich auf einen schüchternen Vorbehalt beziehen, den sie nach Abschluß des Dreikönigsbündnisses gemacht haben, indem sie eine Umgestaltung der Verfassung für den Fall verlangen, daß der Süden Deutschlands nicht zutrete, so sei es doch für einen ehrlichen Mann unmöglich, diesen Vorbehalt so zu verstehen, daß das ganze Bündniß ungiltig werde, eine dadurch nothwendig gewordene Revision wird ohnedies stattfinden, ferner aber sei der Zeitpunkt, in welchem die süddeutschen Regierungen beitreten sollten, gar nicht bestimmt, noch weniger sei bestimmt, daß der Reichstag erst nach ihrem Beitritt stattfinden soll, und endlich habe der ganze Vorbehalt, den sie nach Unterschreibung des Verfassungsvertrages eingebracht hätten, den Bestimmungen des acceptirten Verfassungsentwurfes gegenüber, beim Mangeln der Zustimmung der übrigen Regierungen gar keine Geltung, daher beharrt Preußen nicht nur bei seinem Botum für Einberufung des Reichstags, sondern es wird unverzüglich deshalb bestimmte Anträge stellen, über Modificationen der Verfassung, über Veröffentlichung des Wahltermins für den nächsten Reichstag, über den Ort, wo der Reichstag zusammentritt, und endlich über die Verbindung zwischen dem Verwaltungsrath und Reichstag. Der energischen Erklärung von Preußen stimmen die übrigen Staaten mit Wärme bei, namentlich Baden, welches die Rechtsbedenken Hannovers vielleicht am schlagendsten widerlegt. Mecklenburg-Strelitz, Hannover und Sachsen bestehen auf ihrer Opposition, aber nicht nur ihre Gründe, auch ihre Haltung erscheinen schwach und man kann selbst aus den ruhigen Zeilen des Protocolls lesen, daß die Sitzung reich an dramatischem Leben und an Gemüthsbewegungen gewesen ist. — Zuletzt schloß die Sitzung, indem alle Theile bei ihrer Ansicht beharrten.

Interessant ist die verschiedene Haltung der sächsischen und hannöverschen Regierung. Indem Hannover in dem Verwaltungsrath mit einem gewissen Troß austrat und den Anschein biederer Bornirtheit annahm, war Sachsen geschmeidiger, zartfühlender, eben so selbstsüchtig in seinem Wollen, aber mit Form und Schein, es hatte nur Zweifel und Bedenken, während Hannover mit seinem Gewissen hervorpokerte

Die nächste Folge dieser Sitzung war, daß Sachsen und Hannover eine schriftliche Verwahrung an den Vorsitzenden gelangen lassen und die Erklärung, daß sie von dem Bündniß vom 28. Mai zwar nicht zurücktreten, aber an den Sitzungen des Verwaltungsrathes keinen Theil mehr nehmen würden. Minister von Jeshau ist bereits nach Dresden zurückgereist.

Wohl, die kleinen Königreiche haben Muth bekommen; die Stürme der Demokratie sind ihnen nicht mehr furchtbar, sie spüren an ihren Thronesseln kein Wanken mehr und begreifen deshalb auch nicht mehr, weshalb sie auf alle die holden Rechte der Selbstständigkeit verzichten sollen. König Ludwig hat einen so großen Thronsaal gebaut, es wäre schade, wenn sein Sohn keine fremden Gesandten darin empfangen sollte. Der König von Hannover vertheilt gern militärische Orden an die Würdigen, wohnte er im Bundesstaat, seine Orden würden wenig beachtet werden. Das ist nicht Spott, sondern bittere Wahrheit. Das ganze Empfinden der Regenten und ihrer Umgebung sträubt sich gegen den Prozeß einer staatlichen Concentration, als mehr oder weniger abhängige Theile. Man soll nicht sagen, daß sie kein Herz für ihr Land hätten, sie sind nur zu sehr gewohnt, ihren landesväterlichen Herzen keine größere Ausdehnung zu gestatten, als von einem Grenzpfahl ihres Gebiets bis zum andern. Unter solchen Umständen wurde es der kläglichen Politik des von der Pfordten und seinen Collegen leicht, ohne jeden Operationsplan und positives Wollen, eine kleine Verschwörung der Königreiche gegen den Bundesstaat hervorzubringen; sie ist sehr widerlich in ihren Aeußerungen, verderblich aber wird sie nicht, wenn Preußen fest bleibt.

R. Biedermann: Erinnerungen aus der Paulskirche.

(Leipzig, 1829, Gustav Mayer.)

Es ließ sich voraussehen, daß die größte „That“ des Jahres 48, das Parlament der Paulskirche unter seinen Mitgliedern nicht wenige Geschichtschreiber finden würde, zumal jetzt, wo in unbefriedigender Gegenwart der größte Theil unserer parlamentarischen Parteiführer und Redner Ruße genug haben, gegenüber den diplomatischen Querzügen der Kabinette sich an das großartige, bewegte Leben der Frankfurter Periode zu erinnern. Der fleißige Laube hat begonnen,